

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1921**

118 (24.5.1921)



nicht auf verschiedene Fraktionen, die einander aufs Blut haßten und bekämpften. An der Unerwartung ging die erste sozialistische Regierung Deutschlands, die der Volksbeauftragten, zugrunde. Heute hat sich das Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Unabhängigen wesentlich gebessert — wenigstens in Berlin, die unabhängige Agitation draußen im Reich kommt freilich oft noch aus der alten verbrauchten Schablone des Kampfes gegen die „Rechtssozialisten“ noch nicht heraus. Man darf heute hoffen, daß die Einigung wieder wird, aber sie ist heute gewiß noch keine so starke Brücke, daß man mit schweren Wagen über sie fahren kann.

Die sozialistische Regierung muß entweder die Mehrheit der Wähler hinter sich haben oder wenigstens die Mehrheit der Abgeordneten im Reichstag. Hat sie die erste nicht, so kann sie die zweite nur haben, wenn sie von einer bürgerlichen Partei gestützt wird. Das wird aber meist eine schlimmere Abhängigkeit von den Bürgerlichen bedeuten, als wenn einer oder mehrere von diesen in der Regierung sitzen und mit die Verantwortung tragen. Das wäre für die sozialistische Regierung eine ganz unerträgliche Lage, aus der sie sich nur befreien könnte, wenn es ihr gelänge, durch Auflösung und Neuwahlen eine sichere sozialistische Mehrheit zu erzielen.

Eine solche Aktion hätte aber auch wieder nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn alle notwendigen Vorbereitungen für sie geschaffen sind: Strafflose einheitliche Organisation, Ausbreitung der sozialistischen Presse, so daß sie ihren bürgerlichen Gegnern mehr als gewachsen ist, vollkommene Einheitsfront und Geschlossenheit in der Verfolgung gemeinsamer Ziele, sorgfältiges Vermeiden aller Fehler, die die breiten Massen des Mittelstandes und der bürgerlichen Intelligenz zum kapitalistischen Gegner hinüberdrängen könnten, Verminderung von Experimenten, deren wirkliches oder scheinbar zeitweiliges Mißlingen zum Sturz der sozialistischen Regierung führen müßte.

Kurz und gut, es muß manches begriffen werden, was von vielen noch nicht begriffen wird, es muß noch manches gelernt werden, was viele noch immer nicht gelernt haben, wenn die sozialistische Arbeiterbewegung in Deutschland die Macht ergreifen soll, um sie dauernd zu behalten.

### Amerika und Entente

In dem Augenblick, in dem sich der amerikanische Botschafter in London Harbo zur Konferenz des Obersten Rates über Obersteinsten angemeldet hat, befindet sich Amerika verächtlich in einer eigenartigen Stellung. Es hat den Vertrag von Versailles nicht unterzeichnet und beteiligt sich doch an einer Einrichtung die durch ihn geschaffen worden ist. Es erklärt auch heute, den Vertrag als Ganzes nicht annehmen zu können und weigert sich entschieden, dem durch ihn geschaffenen Völkerbund beizutreten, aber es will wieder als „assoziierte Hauptmacht“ fungieren im Sinne der „alliierten und assoziierten Hauptmächte“, von denen im Vertrag von Versailles so oft die Rede ist. Damit gemeint sind Amerika, England, Frankreich, Italien und Japan, denen sich dann 22 kleinere Staaten anschließen, die während des Krieges oder beim Friedensschluß die Entente gebildet haben. In diese Gesellschaft tritt nun Amerika wieder ein, wie gesagt aber ohne dem Völkerbund beizutreten, der die Ententeskizzen mit der einzigen Ausnahme Amerikas, verschiedene neutrale Staaten, sowie das kürzlich aufgenommene Oesterreich umfaßt.

Der Nachteil der Vereinigten Staaten als Teilnehmer am Obersten Rat ist darum nicht ganz fest fundamementiert, und doch wird sich kaum jemand finden, der gegen den Wiedertritt Amerikas Einspruch erheben wird. Am wenigsten Grund dazu hätte Deutschland, das es nur als einen Gewinn betrachten kann, wenn im Rate seiner einzigen Kriegsgegner eine Macht vertreten ist, die keine Nachbarfeindschaft, keinen Nachbarn und keine Nachbarangst gegenüber Deutschland kennt, sondern die Frage der weiteren Ausführung des Friedensvertrages mit den Augen eines kühlen ruhigen Beobachters betrachtet.

Amerika ist einst mit der Entente zusammen in den Krieg gegangen, um die Niederlage Deutschlands herbeizuführen. Und wer die Dinge nüchtern rückblickend betrachtet, der muß zugestehen, daß es damals kaum anders handeln konnte. Deutsch-

land hatte unter dem Druck amerikanischer Forderungen den Völkerkrieg wesentlich eingeschränkt, als es dann unter Druck des mit Amerika abgeschlossenen Abkommens den unbeschränkten Völkerkrieg wieder aufnahm, zwang es Amerika geradezu, seine Drohung zu verwirklichen. In diesem Sinne mag der amerikanische Botschafter in London es gemeint haben, wenn er in seiner Begrüßungsansprache sagte, Amerika sei nicht in den Krieg gegangen, um England, Frankreich und Italien zu retten, sondern es habe das nur um seiner selbst Willen getan.

Wenn Amerika jetzt in die Entente zurückkehrt, so kommt es nicht mehr als Feind Deutschlands, aber auch gewiß nicht als sein Freund. Es kommt nicht um Deutschland zu retten, sondern um seine eigenen Interessen zu vertreten. Diese Interessen kreuzen sich aber kaum wesentlich mit den deutschen Interessen, und sie verlangen auf keinen Fall, daß der Friedensvertrag in einer Weise ausgeführt wird, die Deutschland zugrunde richtet.

England hofft, das geht aus der Begrüßungsrede Lloyd Georges an den amerikanischen Botschafter Harbo klar hervor, in Amerika einen Bundesgenossen zu gewinnen, aber diesmal nicht gegen Deutschland, sondern gegen Frankreich. Und diese neue Bundesgenossenschaft soll sich zunächst bei der Lösung der obersteinsten Frage erproben, an die der Oberste Rat schon in den allernächsten Tagen herangehen soll. England vertritt hier den Standpunkt, daß die Entscheidung über Obersteinsten mit Mehrheit beschließen zu lassen sei und hat sich für seine Vorschläge die Mehrheit schon gesichert, Frankreich dagegen will, wenigstens vorläufig, eine andere Entscheidung als eine einstimmig gefasste nicht gelten lassen, was praktisch bedeutet, daß in der obersteinsten Frage nur so entschieden werden darf, wie Frankreich es wollen. Es scheint, daß Lloyd George sich Amerika zu Hilfe herbeigeht, um Frankreich von seinem unbeherrschten Standpunkt abzurufen, auf alle Fälle ist er schließlich bemüht, den diplomatischen Druck auf Frankreich zu verstärken.

Auch wenn die Entscheidung im Sinne Englands fällt, wird Deutschland keinen Grund zur Freude haben, denn ohne Gebietsverlust wird es auch dann nicht davonkommen. Es heißt, daß England zwei Kreise von Deutschland abstrennen will, als welche nur Reich und Rhinland in Betracht kommen. Denkbar wäre es, wenn es auch nicht wahrscheinlich ist, daß sich durch das Eingreifen Amerikas die Entscheidung etwas weiter zu Gunsten Deutschlands verschieben könnte, als es England beabsichtigt. Würde dann darüber hinaus das englisch-amerikanische Zusammenarbeiten im Obersten Rat dem imperialistischen Nachstreben Frankreichs einen dauernden Damm setzen, so wäre das für Deutschland ein gewaltiger Vorteil.

### Wenn die große russische Herrschaft kommt

Es gibt nur zwei Möglichkeiten: entweder der Zusammenbruch Westeuropas, oder die Herrschaft Russlands. Vernichtet Ihr das deutsche Reich, so macht Ihr, das deutsche Volk zum Organismus des kommenden Weltkrieges. Wenn Ihr das Reich vernichtet, macht Ihr die Errichtung eines russischen Weltreiches zur Bedingung der Wiedergeburt Deutschlands.

Solche Warnungen richtet Genosse Parvus im neuesten Heft der „Globe“ an die „französischen Deutschhasser“. Parvus, der Russland genau kennt, weiß bereits seit langem daraufhin, daß die imperialistische Entwicklung des einstigen Zarenreiches, unbekannt um die bolschewistische Episode, ihre Fortsetzung bald finden wird, ja, daß solche neue Blüte des russischen Imperialismus bereits in der besten Entfaltung ist. Wenn nun dies neue kommende Russland seine große Armee und seine große Industrie sich über Europa und Asien ausbreiten lassen, wenn es, die zaristische Tradition fortsetzend, sein Reich bis an die atlantische Küste und bis an das Mittelmeer ausdehnen wollen, muß es, wenn Europa nicht vernichtet werden soll, starken und geeigneten Widerstand finden. Darum eben sollten die französischen Chamaillisten sich noch rechtzeitig besinnen, damit nicht eintritt, was Parvus bei Fortsetzung der Sanktionspolitik kommen sieht: „Gepreßt durch die wirtschaftliche Not, angepöppelt vom Wunsch, sich der fremden Unterjochung zu entziehen, werden die deutschen Techniker, Gelehrten, Kaufleute, Arbeiter in Massen nach dem benachbarten Russland ziehen, das ihnen die größten Möglichkeiten des sozialen Emporkommens gewährt. Und die Deutschen werden sich mit Begeisterung der Förderung

der russischen Industrie wie des russischen Armeewesens widmen, weil sie die einzige Gewähr für die Wiederaufrichtung des Reiches erblicken werden, und sei es auch unter russischer Herrschaft“.

### Der Anteil der männlichen und weiblichen Wähler

an der Wählerschaft der Parteien zeigt in einigen Wahlbezirken bei der letzten Reichstagswahl in seiner Höhe eine solche ausgesprochene Abhängigkeit vom dem Charakter der Parteien, daß es interessant schien, diese Beziehung zwischen den Zahlen der Frauenstimmen und der Betonung des nationalen und christlichen Gedankens im Bild wiederzugeben. In der graphischen Darstellung sind die Parteien nach der Höhe des Anteils der Frauen geordnet. (Wirtschaft und Statistik, Heft 4.)

Männliche Wähler	Weibliche Wähler
Prozent	Prozent
41	59
Deutsch-Nationale Volkspartei	
44	56
Deutsche Volkspartei	
49	51
Deutsch-Demokratische Partei	
58	47
Sozialdemokratische Partei	
57	43
Unabhängige Sozialdemokratische Partei	
59	41
Kommunistische Partei	
63	37

### Die „vornehmen Dulder“

Ein Nachwort zum Schieberprozeß des Prinzen Eitel Friedrich

\* Aufregung und nachhaltiger ist die deutsch-nationale Schmähsucht wohl noch nie herabgefallen, wie bei der Beurteilung des Hohenzollernprinzen Eitel Friedrich am letzten Mittwoch, über die wir bereits im „Volksfreund“ berichteten. Als unter Genosse Getmann Müller am 22. November 1920 im Reichstag die Kapitalabrechnungen der Hohenzollern enthielt, schäumte die reaktionäre Presse vor Wut und besonders die „Süddeutsche Zeitung“ verächtlichste wüste Schimpfartikel gegen die Sozialdemokratie. Dieses eble Blatt brachte in seiner Nr. 283 vom 21. November v. Js. ein offizielles aufgemachtes Dementi, in dem es hieß: „In Wahrheit ist bereits festgestellt, daß auch nicht ein Mitglied des früheren preussischen Königshauses irgend welche Beziehungen zu der Firma Gruber, Philippson u. Co. hatte“, die sozialdemokratische Presse handelte in ihrer bellännten Stupellosigkeit mit einer gefälligen Verichterstattung, appellierte an die niedrigsten Instanzen usw. Und in einer Besprechung der Reichstagsverhandlungen über diesen Fall in Nr. 284 vom 22. November behauptete dieses Blatt, die Sozialdemokratie hätte in jener Sitzung die größte Niederlage erlebt, die ihr je widerfahren sei und es hätte dem badischen Abgeordneten Dr. Düringer begeistert Beifall, der in der Sitzung die Müllerischen Enthüllungen als „von A bis Z erkunten und erlogen“ bezeichnete. Als „vornehme Dulder“ händen die Hohenzollern still bei Seite und jedes deutsch-nationale Herz trampelte sich zusammen, ob der sozialdemokratischen Schleichheit und der armen verfolgten Ansehnd der Hohenzollern.

Angewidert haben nun „Seine königliche Hoheit“ Prinz Eitel Friedrich, der Familiendef der Hohenzollern höchstselbst vor Gericht erscheinen müssen, um sich wegen Verschöpfung von 370 000 M. in Wertpapieren und 2000 Hfl. Gulden nach dem Ausland zu veranlassen. Er wurde der Verschöpfung der genannten Vermögenswerte überführt und zu der lächerlich geringen Geldstrafe von 5000 M. verurteilt. Und still stehen nun, um mit der „Süddeutschen Zeitung“ zu reden, die Hohenzollern als vornehme Dulder wirklich bei Seite.

Wir haben das Urteil bereits kurz kritisiert. Es zeigt zugleich die großen Lücken unserer Gesetzgebung gegen die Kapitalflucht. Denn wenn es möglich ist, daß jemand solche Summen

### Züllinger und seine Zucht

Roman von Konrad Zele (Fortsetzung.)

Einige gingen auch zugrunde, aber mehr durch Fahrlässigkeit. Bei sorgfältiger Behandlung blieben die Abgänge gering. Dieses bis zur Grenze der Möglichkeit angelegte Freiverfahren geistige Geschöpfe, die man nach dem proffenden Schmutz und nach allen anderen Anzeichen als Jünglinge und Jungfrauen ansprechen mußte.

Jetzt hielt es Züllinger an der Zeit, den Versuch zu unterbrechen. Die Arbeit in den nunmehr schon zahlreich hergestellten Bruträumen war ihm unheimlich geworden. Er wünschte manchmal einen Unglücksfall, der den äppig wuchernden Sprößlingen in den Trögen ein Ende bereiten sollte. Die Kraft dieser Kunstnatur erschreckte ihn, das Bild der Ueberemörhnen verfolgte ihn bis in seine Träume, sein Ekel vor den schleimigen, langsamen Bewegungen dieser großen Körper wurde immer härter.

Gleichzeitig empfand er eine Art Vaterliebe. So standen die Dinge also im Februar des Jahres 1922. Verien Sie sich, Sie Schleimwider! Gelingen, werden Sie Obergeheimrätling; gelings nicht, dann ...

Und nach der verständlichen Gebärde auf den stummen Menschen war Oberdeutsch-Knobbe mit Hilfe des Fahrstuhls eben ins Untergeschoss des Gebäudes verschwunden.

Züllinger machte eine Verbeugung hinter ihm her. Eine Verbeugung, so tief, daß er beinahe durch die Öffnung des Fahrstuhles dem Wertherrn auf den Kopf gefallen wäre.

Ein paar Tage später wurden die ersten zwanzig Kuntmenschen aus dem Nährteig und aus ihren Eihüllen befreit. Die Geburt verlief ohne Zwischenfall. Die nun offen in ihren Trögen liegenden Geschöpfe zuckten in krampfhaften, heftigen Bewegungen zusammen, sie öffneten ihre Augen und ihren bis dahin verbissenen geschlossenen Mund. Luft drang in ihre Lungen, ihre Brust hob sich zum ersten Atemzuge, aus ihren Kehlen drang ein wildes, schmerzliches Geschrei, höchst mißhörig; denn sie befanden sich bereits im Stimmwechsel.

Knobbe und Krilleison, die den Vorgang des Zeruches wegen im geschlossenen Fahrstuhlaufzug beobachtet hatten,

fuhren jählings in die Tiefe, Züllinger und seine Assistenten taumelten zurück, die Hände an die Ohren haltend.

Von draußen, aus Züllingers Arbeitszimmer, schrillte trotz dem Getöse, nur ganz von weitem und gleichwohl deutlich vernehmbar, ein dreifacher Schrei herein. Das waren die drei Wesen Jda, Thelka und Stephanie, die an der Tür geklopft hatten.

Infolge des feierlichen Gehabens ihres Vaters war ihre Reue hochgradig erregt worden; sie ahnten, daß etwas Befonderes vor sich gehen sollte, aber dem plötzlichen, furchtbaren Gehül aus dem sonst geräuschlosen Räume waren sie nicht gewachsen. Sie fielen auf den Knien und verenkten ihre mageren Körper in epileptischen Krämpfen, überzeugt von einer mörderischen Untat. Die älteste und zarteste, Jda, verblüht am übergroßen Schreck.

„Eine weniger!“ sagte Züllinger, als er hinterher des Verlustes gewahr wurde.

Die Neugeborenen wurden auf Tragbahnen in eine mittlere weite für sie errichtete, stark heizbare Halle gebracht. Zur Nachreife; zur vorsichtigen Abhärtung; zum Gelenkigmachen ihrer vorläufig noch schlaffen, wenn auch mächtig entwickelten Muskeln und Sehnen. Züllinger hatte Angst vor dieser Uebergangszeit gehabt. Es war noch fraglich, wie sich diese Wesen zur Außenwelt stellen würden. Sie benahmen sich tölpelhafter als junge Kälber, aber mächtig fogen sie an ihren mit auserwählter Kraftflüssigkeit gefüllten Aufschlafchen. Ihre ruschliche Haut wurde glatt, ihr ganzer Bau straffte sich, ihr Haar kräufelte sich und dunkelte nach.

Selbstverständlich hatte das Bevölkerungsamt bei der Auswahl der athletischen Männer und Weiber, deren Organe zu ihrer Erzeugung gedient hatten, darauf Rücksicht genommen, daß nicht etwa ein germanischer Typus entstände. Man hatte eine slavisch-romanische Mischung angestrebt. Blaue Augen und blonde Haare sollten ein Vorrecht der Oberdeutschen sein, allerdings war dieses Ideal noch nicht ganz erreicht.

Züllingers Produkte waren hierin einwandfrei; sie hatten dunkles Haar, schwarze Augenbrauen und große, wasserhelle Augen; ihre Haut war krankhaft bleich, aber das würde sich später noch ändern, wie man hoffte.

Ihre körperliche Entwicklung verlief erstaunlich schnell. Nach vier Wochen tappten sie wie jährige Kinder an Lauffaßen durch die Halle, einen Monat später konnte man bereits mit der Dreitur beginnen.

Trotzdem dauerte es Knobbe, der täglich den Jungviehstall besichtigte, noch zu lange. Er beschimpfte den nunmehr Obergeheimrätling (der Titel Rat wurde nur an Oberdeutsche verliehen) gewordenen Züllinger mit unflätigen Worten und nannte ihn einen lächigen Summler. Es war ihm nicht recht, wenn Züllinger sich mit den Kuntmenschen zu schaffen machte, am liebsten hätte er ihn jetzt ganz von den prachtvoll geblühenden Geschöpfen ferngehalten.

„Was suchen Sie hier noch? Sie mit Ihrem albertenen Kallengeist machen ja die Tierchen scheu! Scheren Sie sich in Ihre Lehmanfall! In spätestens einem Jahre müssen wir achntausend solche Viecher haben.“

Züllinger hatte von Staats wegen den Auftrag, ein Schod Chemiker in der Menschenkunst zu unterrichten. Das Vöbelleungsamt glaubte mit der Ausbildung der Geschöpfe allein fertig zu werden; es war den Herren vom Schulausschuß lästig, Züllinger in ihrer Mitte zu sehen. Sie amüsierten sich am liebsten allein mit der Aufzucht.

Wertwürdigerweise wurde aber jedesmal, wenn Züllinger auch nur einen Tag wegblieb, die Kunstbrut so hinfällig und löpflängerisch, als ob man Topfpflanzen zu gießen vergesse hätte. Man stellte Züllinger darüber zur Rede und drohte mit Strafen.

Der Obergeheimrätling hat untertäugigt um Verzeihung. Die noch pflegebedürftigen Wesen, so sagte er, sähen in ihm sozusagen Vater und Mutter zugleich; sie kümmernten wie Waisenkinder, wenn sie seines Anblicks entbehren müßten. Aber das würde sich mit der Zeit verlieren.

Man lachte ihn aus und glaube endlich hinter sein Geheimnis gekommen zu sein.

„Der Kerl vergiftet das Futter!“ brüllte Krilleison. „Mit den Kägen ist schon wieder mal nichts anzufangen.“

„Nicht möglich! Er ist doch gar nicht da.“ sagte der Regierungsrat Zumbrock, der Vorstand des Schulausschusses. „Trauen Sie dem Burtschen nicht; er wird jeden Tag irgendeine Saubrüde in die Kinderwelt schütten.“

„Züllinger, was machen Sie mit der Säuglingsnahrung? Behorantst läte ich, das Schicksal meines Amtsgenossen Dotterweid teilen zu dürfen. Es ist gewiß Arbeit für mich, und das Leben hat keine Reize mehr für meine Untertwürfigkeit.“

„Das wollen wir im Auge behalten. Erst aber: warum glocken die Würfel, trockengefickten Krapsen vergleichbar?“

(Fortsetzung folgt.)

# Wirtschaftspolitische Rundschau

## Die deutsche Volkswirtschaft unter dem Ultimatum — Verpfändung des Grundbesitzes — Die Lockerung der Getreidewirtschaft — Das russische Abkommen — Preissenkungen in der Industrie — Vorgänge auf dem Kaffeemarkt — Zunahme der Unternehmerverbände

Das Ultimatum der Entente hat eine schwere innere Krise in Deutschland ausgelöst, die politisch eine schwere Entscheidung für die Partei forderte. Wie die Entscheidung auch ausgefallen wäre, die Annahme sowohl wie die Ablehnung der von der Entente geforderten Leistungen mußten unser Wirtschaftsleben schwer gefährden. Mit Sicherheit ist zu erwarten, daß die Übernahme der von der Entente geforderten Leistungen, die im Minimum auf 3,25 Milliarden Goldmark jährlich berechnet werden, wirtschaftlich den schwersten Druck erzeugen müssen. Denn diese 3,25 Milliarden bedeuten bei unserer Papierwährung 48,75 Milliarden, die aus der deutschen Wirtschaft abgezogen werden sollen. Unsere Einnahmen aus Zöllen, Verbrauchssteuern und Steuern sind im Etat 1920 mit 38 Milliarden Mark veranschlagt; sie reichen nicht einmal für den Bedarf des Reiches, denn wir werden mit einem Defizit von 70 Milliarden Mark abschließen. Aus laufenden Einnahmen ist also der Rest zu decken, den die Entente fordert, in den nächsten Jahren nicht zu bedenken, wie müssen nach neuen Einnahmen Ausschau halten. Die Entente hat uns einen Weg gewiesen, sie will neben den 3 Milliarden Goldmark, die wir, ganz einseitig, vorher aufbringen sollen, 25 Prozent vom Wert der Waren in Anspruch nehmen, die wir an das Ausland liefern. Sie verlangt aber, daß der Exporteur diesen Betrag von der deutschen Regierung zurückerhält. Damit gelangen wir wieder zu dem deutschen Steuerzahler, der nun abermals auf seine Leistungsfähigkeit geprüft werden muß.

Die Entente hat bei dieser Prüfung nicht herausgefunden, denn die Steuerzahler werden keine großen Änderungen mehr vertragen können. Wir werden wohl zu keinem anderen Mittel greifen können, als dem einer Verpfändung unseres Grundbesitzes, ähnlich dem, wie es unsere österreichischen Freunde bereits erlangen ist. Natürlich darf der ländliche Grundbesitz dabei nicht frei bleiben. Die großen industriellen Unternehmungen müssen durch festverzinsliche Obligationen ihren Beitrag liefern, um auf diese Weise die 25 Prozent der Ausfuhrabgabe freizubekommen. Daneben muß der Grundbesitz ein Ende bereitet werden, indem die Ausfuhr einer Döbende über 5 Prozent mit einem steigenden Anteil der Finanzverwaltung bedacht wird. Nur durch einen entschiedenen Zugriff in das kapitalistische Getriebe besteht die Möglichkeit, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen, sonst stehen wir nach einigen Wochen vor demselben Dilemma und der Spekulation mit dem drohenden Einmarsch beginnt von neuem. Das Vermögen in Grund und Boden wurde vor dem Kriege auf 70 bis 100 Milliarden Goldmark, der Bergwerksbesitz auf 6 Milliarden Goldmark geschätzt. Diese Wertung ist nur ein ungefähre Anhalt, sie liegt weit zurück und ist offenbar viel zu gering. In industriellen Aktiengesellschaften waren rund 20 Milliarden Mark angelegt, die zu einem erheblichen Teile jetzt auf ihren Papierwert gebracht sind. Für den ländlichen Grundbesitz ist die Belastung erträglich, da die Hypothekensumme während des Krieges sehr gemindert ist. Die Verteilung der Lasten kann natürlich keine gleichmäßige sein.

Es ist klar, daß diese Belastung mit einer Steigerung der Warenpreise einhergehen wird. Aber wie wir aus dem Protokoll, aus unserer Volkswirtschaft jährlich 48 Milliarden Mark herauszuholen, lösen, immer werden wir die Warenpreise hinaufschrauben und damit Absatzschwierigkeiten schaffen, die die gegenwärtige Krise verschärfen; also vermehrte Arbeitslosigkeit und Geschäftstillstände, deren Überwindung erst für später zu erwarten ist. Mit diesen sehr frühen Ausblicken treten wir an die Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen heran.

Die zurückgetretene Regierung hat uns in den letzten Tagen noch mit einer Vorlage über die Getreidewirtschaft beschäftigt, die für die Arbeiterklasse abermals eine neue nicht unerhebliche Belastung bringt. Man geht zu dem sogenannten Umlageverfahren über, d. h. es werden für den Bedarf der vorzugsweise berechtigten Bevölkerung in Höhe von 4,3 Millionen Tonnen 3 Millionen Tonnen durch Zwangsabgabe zu einem bestimmten Preis erfasst. Dieser Preis dürfte auf 1800 bis 2000  $\mathcal{M}$  die

Zeile herabgesetzt werden; gegen ungefähr 1500  $\mathcal{M}$  gegenwärtig oder 200  $\mathcal{M}$  vor dem Kriege. Die Zwangsabgabe würde auf die Anbaufläche verteilt, eine Abgabe je Hektar von 3,5 Doppelentner erfordert oder nicht ganz ein Fünftel der Ernte an Brotgetreide, Gerste und Hafer. Denn es kann der Landwirt anstatt Brotgetreide, Gerste oder Hafer abgeben. Der Staatsrat hat an der Vorlage eine Verschlechterung vorgenommen, indem die von der Regierung eingeforderte Menge von 3,5 Millionen Tonnen als Lieferungsfall auf 3 Millionen herabgesetzt wurde. Schließlich stimmten sogar die freistaatlichen Hessen und Baden, weil ihnen die Verteilungsquote nicht richtig schien, aber nicht aus grundsätzlichen Bedenken, dagegen. Eine andere Verschlechterung der Vorlage vollzog der Staatsrat, als er die Bestimmung aufhob, daß der Freistaat für die Ausbringung der Lieferung haften sollte. Die Regierung wollte dann von dem zu überweisenden Steuerbetrag die Kasssumme zurückbehaltend. Rückwärts konnte dann der Freistaat zu seiner Deckung sich an dem Landwirt schadlos halten, der seine Lieferungsverpflichtung veräußert hatte. Der Druck der Ablieferung wäre mithin sehr stark gewesen, und bot eine gewisse Sicherheit für das Gelingen des aufgestellten Programms. Für die Verbraucher ist das Ergebnis der Vorlage, daß eine Verteuerung des Brotes um 2,50  $\mathcal{M}$  bis 3  $\mathcal{M}$  eintritt, während für den Landwirt das frei in den Handel gehende Getreide einen Preisaufschlag von mindestens 1700 bis 1800  $\mathcal{M}$  je Tonne erzielen wird. Bei höheren Weltmarktpreisen und ungünstigerem inneren Marktstand kann die Preissteigerung weit darüber hinausgehen. Gering gerechnet wird man mit einer Abgabe von 3 Millionen Tonnen im freien Verkehr rechnen können. Das würde bei einem Preisaufschlag von 1700 bis 1800  $\mathcal{M}$  je Tonne, eine Umlage von 5,1 bis 5,4 Milliarden für die Landwirtschaft bedeuten. Man begreift, weshalb die Vorkämpfer der Agrarier die Zwangsabgabe vollständig los werden wollen; ihre Revenuen kämen auf das Doppelte und erreichten dann über 10 Milliarden. Wenn wir so wenig leistungsfähig sind, wie es die bürgerlichen Parteien der Entente gegenüber behaupten, dann sollten sie sich hüten, so hohe freiwillig übernommene Lasten als tragfähig für das deutsche Volk zu erachten. Übrigens hat das Kuratorium der Reichsgetreidebehörde die Vorlage nahezu einstimmig abgelehnt und es wird berichtet, daß ernste Widerstände gegen eine Erhöhung der Umlagepreise oder völlige Freigabe der Getreidewirtschaft auch bei den Arbeitnehmervertretern im Kuratorium nicht vorhanden war. — Das müssen recht sonderbare Arbeitnehmervertreter sein.

Die stark die Verschärfung der Kräfte in der Weltwirtschaft zum Ausdruck kommt, läßt die Mitteilung erkennen, daß der Goldbestand der amerikanischen Bank fortgesetzt zunimmt. Der Goldbestand nach New York sei so stark, daß man einen Teil der Schulden nach Philadelphia leitete. Eine ungeheure Kapitalmächtigkeit ist in diesem Lande in der Entwicklung, sie sucht neue Bestätigung und erweitert ihr Herrschaftsgebiet unangehalten.

Während wir über hohe Preise Kagen, unternimmt die brasilianische Regierung mit einer Anleihe von 20 Millionen Dollar den Versuch, den Kaffee durch starke Ankäufe auf ein höheres Preisniveau zu bringen. Vorkäuflich ist für die Wahnahme der brasilianischen Regierung ein erhebliches Quantum Kaffee aus dem Verkehr gezogen und unsere Hoffnung, zu billigen Kaffee zu kommen, ist im Sinken begriffen.

Die Vereinigung der deutschen Unternehmerverbände berichtet über eine günstige Entwicklung ihrer Organisationsbestrebungen im Jahre 1920. Wie die Gewerkschaften haben mithin auch die Unternehmer ihre Organisationen nicht nur erweitert, sondern auch vervollkommen. Die Zahl der Verbände ist von 130 auf 200 gestiegen. Am Schluß des Jahres waren der Gesamtzahl rund 100 000 Betriebe gegen 82 583 im Jahre vorher mit 8 Millionen beschäftigten Arbeitern angegeschlossen. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter entspricht der Mitgliederzahl der Verbände der freien Gewerkschaften, die dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossen sind.

minderrechtlich nach dem Ausland verschoben kann und dafür mit 5000  $\mathcal{M}$  Geldstrafe belegt wird, so beweist das eben, daß ein genügender Schutz gegen dieser Manipulationen nicht besteht. Die Gefahr des Erwerbserwerbens ist der hochentwickeltesten Technik dieser Art von Geschübertretungen ohnedies gering genug. Hat nun der Geschübertreter im Fall der Entdeckung nichts anderes zu fürchten, als daß er noch nicht mal ein Prozent als Strafe an die Staatskasse zu bezahlen hat, so kann das unter Umständen abschreckend wirken. Warum hat das Gericht nicht dem Antrag des Staatsanwaltes stattgegeben und die Beschlagnahme der ganzen verschobenen Summe ausgesprochen? Hat Frau Justitia, das nur getan, weil sie unter der Binde herborstreichend den Hohenzollernprinzen auf der Anklagebank sah?

Wir fragen nur, denn an der Sache selbst wird durch die auffallende Milde des Urteils nichts geändert. Festgestellt ist, daß der Hohenzollernprinz Hunderttausende nach dem Auslande verschob und sich dazu der Hilfe des Schieberbankhauses Gruber, Philippson u. Cie. bediente. Ferner ist festgestellt, daß die reaktionäre Presse, allen voran die „Süddeutsche Zeitung“, das Blaue vom Himmel herunter geschwindelt hat, und daß nicht die Enthüllung unseres Genossen Hermann Müller, sondern das was der Abgeordnete Dr. Düringer zur Rettung des Hohenzollernschen und des monarchischen Gedankens in der Reichstags-Sitzung vom 22. November „von A bis Z erstunken und erlogen“ ist. Und das genügt uns vorläufig.

### Waldbürde

Als sich in diesem Frühjahr infolge der langanhaltenden Trockenheit die Zahl der Waldbürde mehrte, wurde von den amtlichen Stellen allenthalben auf die erhöhte Gefahr hingewiesen und zur Vorsicht gemahnt, leider nicht immer mit dem erwünschten Erfolge. Aus den amtlichen Erhebungen geht hervor, daß in Baden in den Monaten Februar, März und April ds. Js.

### 101 Waldbürde

stattfanden, die sich über eine Fläche von etwa 80 Hektar ausdehnten und einen Schaden von mindestens 300 000  $\mathcal{M}$  verursachten. Die Brandursache ließ sich in den meisten Fällen nicht ungewisselhaft feststellen. Unrichtige Brandstiftung scheint jedoch nur in 7 Fällen vorzuliegen. Durch Funkenflug oder Schladenaufwehen aus Eisenbahnlokomotiven wurden nur 8 Brände verursacht. Alle übrigen Fälle sind wohl auf Fahrlässigkeit zurückzuführen. Bei diesen fahrlässigen Brandstiftungen werden als Entzündungsurachen angegeben in 11 Fällen Spielen von Kindern, in 12 Fällen Abfeuern von Zouriten, Schülern, Ausläufern, Waldbearbeitern, in 18 Fällen Rauchen im Walde, in 14 Fällen Abfeuern von Hecken, Grasrainen, Unkraut in der Nähe des Waldes, 5 Fällen Verbrennen von Abfallresten in Holzschlügen. In den übrigen 31 Fällen liegt kein Anhalt zu deren Entstehung vor. Da von diesen jedoch 20 an Sonn- und Feiertagen stattfanden, so fallen sie höchst wahrscheinlich auf die und das Raucherzügen zur Last, vornehmlich jungen jungen Burche, die sich ein Vergnügen daraus machen, im Frühjahr die Gemarkungen abzutreiben und alle Hecken und Grastaine anzuzünden.

Dank der Wachsamkeit des Forstpersonals und der energischen Beistufe der Bevölkerung ist es in den meisten Fällen gelungen, den Feuers Herr zu werden, ehe alzu großer Schaden entstehen konnte. In der Hauptsache wurden 5 bis 30jährige Kulturen betroffen, während das wertvollere ältere Holz geschont werden konnte, oder nur unbedeutenden Schaden erlitt. Nebenbei haben die einzelnen Brände doch einen bedeutenden Umfang angenommen, z. B. bernichtete ein Brand auf der Gemarkung Hüfingen am Sonntag, den 3. April einen dieser Gemeindefeld bei Donaueschingen gehörigen Wald von 8 Hektar mit 12 bis 35jährigen Nichten und Kiefern im Werte von 65 000  $\mathcal{M}$ .

Zahl und Ursache der bisherigen Waldbürde lassen einen bedauerlichen Mangel an Verantwortungsgefühl erkennen, der sich besonders bei unserer in der Kriegszeit heranwachsenden Jugend bemerkbar macht. Dieses Verantwortungsgefühl zu heben, ist dringende Erfordernis. Wenn hierzu der Einfluß von Elternhaus und Schule nicht ausreicht, so muß gerichtliche Bestrafung und Leistung von Schadenersatz zu Hilfe kommen, die sich letzten Endes noch immer als wirksamste Erziehungs- und Abschreckungsmittel bewähren. — An alle Wald- und Naturfreunde ergeht wiederholt die Bitte, nicht nur selbst im Walde mit Feuer vorsichtig umzugehen, sondern auch bei der Bekämpfung aber auch bei der Bekämpfung entzündeter Waldbürde an Ort und Stelle nach Kräften mitzuwirken. Insbesondere sollte auf

## Tagung des Bundes entschiedener Schulreformer

K. Frankfurt a. M., 18. Mai.

In der Pfingstwoche, am 17. und 18. Mai, tagte im Bürgeraal des Frankfurter Rathauses der Bund entschiedener Schulreformer, auf dem zu den wichtigsten Schulproblemen Stellung genommen wurde. Die Tagung war von auswärtigen und Frankfurter Teilnehmern gut besucht. Ihre Beratungen zeigten, daß bei einem Teil unserer Schulmänner ein neuer lebendiger Geist vorhanden ist, der unser Schulwesen in fortschrittlichem Sinne um- und ausgestaltet will. Der Vertreter des Frankfurter Magistrats, Schulrat Schüller, betonte in seiner Begrüßungsansprache, daß er in der Bewegung der entschiedenen Schulreformer einen Kampf ums Neue erblicke. Wenn es dem Bund gelänge, den Schulorganismus vor Verfallung zu bewahren, ihm neue Kräfte zuzuführen, dann werde seine Tätigkeit als gefestigt erscheinen.

Den ersten Vortrag über „Soziale Bedingungen und Hindernisse der Erziehung“ hielt Prof. Ständer-Darmstadt. Er betrachtete die Erziehungsfrage vom Standpunkt des Volkswirtschaftlers aus und sah Hindernisse in der Erziehung in unseren sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen, die einer Umgestaltung bedürften. Die Menschen müßten nach dem Gemeinschaftsgedanken durchdrungen sein. Erst müßten die Menschen zusammengebracht, sozialisiert werden, dann erst könne die materielle Sozialisierung kommen. Zu wirklicher Sozialisierung, das heißt zur Schaffung von Kulturgemeinschaft, sei es nötig, den auf dem Zufallsprinzip beruhenden Handelsaustausch in Gemeinschaftsaustausch umzuwandeln. Erst in und mit der Umwandlung des Innerbaues unserer Wirtschaft zur Volksgemeinschaft gewinne man den Boden zur neuen Erziehung.

Das Hauptthema der Tagung: „Das Werden der neuen Schule“ behandelte Prof. Paul Oetrich-Berlin. Er wandte sich gegen das Stipendien- und Freistellensystem und bezwang die Einführung einer Bildungs- und Kulturreform. Die Erziehungsfragen gingen nach den Lehren in erster Linie die Eltern an. Diese aufzuklären sei die Hauptaufgabe der Schulreformer. In der Bewegung für die neue Schule seien die Jugendbewegung und das proletarische Hauptfaktoren. Die von den Schulreformern geforderte Schule könne nicht als etwas festes und endgültiges hingestellt, aufgestellt werden, sie könne nur im Maße und zum Zwecke der Wirtschaftreform, mit dem geistig-seitlichen Reife des Volkes, als seine Voraussetzung und seine kränende Folge, wachsen und werden. Das Werden der neuen Schule solle nicht durch gewaltsamen, zentralistischen Zwang, sondern durch die Betätigung der lebendigen Kräfte erfolgen. Das Werden wird stets in der Diagonale geschehen, das

Wollen und Drängen muß zum ganzen, unabhägen und unerminderten gehen. Kein Dogma darf hemmen, der Suchende nicht überall Probleme. In den Schol der Welt zu rühren, ist die Aufgabe des entschiedenen Schulreformers, ihm ist tätige Schulpflicht Erfüllung. (Lebhafter Beifall.)

Als Ergänzung dieses Vortrages war anzuhören ein Referat von Karl Goebel-Hamburg über „Die produktive Gemeinschaftsschule“, das am zweiten Verhandlungstage entgegengekommen wurde. Dieser Vortrag bildete den Höhepunkt der Tagung und fand die stärkste Zustimmung. Goebel ist ein begeisteter Fürsprecher der neuen Schule und zeigte sich als großer Idealist, der aus den Erfahrungen des Lebens schöpft. In der Jugendbewegung, auf die er ein hohes Loblied sang, erkläre er den Boden zur Wiedererneuerung des Volkes. Innerhalb der Jugend sei eine neue Macht am Werke, mache sich ein heiliger Geist bemerkbar. Wollen man diese Jugend, ihre Kräfte und ihre Seele gewinnen. Sehr entschieden verwarf der Redner das Brügelheim, das die Art an der Wurzel jeder neuen Erziehung bedeute. Pädagogik und Politik schließt sich nicht gegenseitig aus, sondern jede Pädagogik muß in feinerem Sinne Politik sein. Parteipolitik gehört natürlich nicht in die Schule. Die neue Schule hat von dem Grundsatze auszugehen, daß Denken und Tun übereinstimmen. Es muß gebräuchen werden mit der inneren Unwahrhaftigkeit, daß Lehren und Leben verschieden sind. In der produktiven Gemeinschaftsschule soll der Schüler nicht Objekt, sondern Subjekt sein. In der heutigen Schule geht alles nach Vorwissen. Weil wir diese Schule ändern wollen, nennen wir uns entschiedene Schulreformer. Die neue Schule ist im Werden, sie wird kommen, wenn man sich auf dem Boden der Arbeit findet. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Die Erziehung der Weidwälder besprach Siegfried Kawerau-Berlin. Er setzte als Ziel, im Rahmen der produktiven Schule eine schöpferische Jugend heranzubilden, die ein volles stilles Verantwortungsgefühl haben. — Ueber Jugend und Kunst machte Prof. Franz Siller-Berlin interessante Ausführungen. Jugend und Kunst hängen in starker Wechselwirkung zueinander. Die schöpferische Kraft der Jugend müßte zur vollen Entfaltung gebracht werden. Die Förderung der Kunstpflege in der Schule liege in der Richtung der Schulreform, wie vor allem in dem Gedanken der elastischen Einheitschule und der freien naturgemäßen Bildung zum Ausdruck komme. — Ueber das Thema: „Schulreform und Lebensreform“ referierte Frau Ilse Müller-Oetrich-Berlin. Das Ziel der neuen Schule sei der produktive Mensch, der sein Wert mit Freudigkeit schafft, weil er den Sinn seines Tuns begreift. Sie wollen den jungen Menschen fähig machen, daß er in seiner Arbeit nicht nur die Gelegenheit zum Vortrieb sucht, sondern sie als Pflicht gegenüber der Volksgemeinschaft und damit als Glück empfindet. (Zustimmung.) — An diese Referate schloß sich nur eine kurze Ausprobung.

Der Kongress befaßte sich hierauf mit dem Entwurf eines Reichsschulgesetzes. Es wurde hierzu folgender Beschluß gefaßt:

„Die Pfingsttagung 1921 des Bundes entschiedener Schulreformer erhebt Protest gegen den Entwurf eines Reichsschulgesetzes zur Ausführung des Art. 146,2 der Reichsverfassung. Die Annahme und Durchführung dieses Entwurfes würde das deutsche Schulwesen in die schlimmsten Zeiten der konfessionellen und bundesstaatlichen Zerissenheit zurückwerfen, würde das Werden der Einheits- und Arbeitsschule im Sinne der Art. 148 und 146,1 hemmen und stören und unbedingt zu Stillstand führen. Statt die Schule fortzubilden und aufzubauen nach den Gesetzen einer sich selbst gestaltenden Volksgemeinschaft mit den Forderungen der sozialen Verantwortlichkeit, Bildung will man sie fernern von der Konfessionalität beherrschen und zerplittern lassen. Dieses Gesetz würde alle Entwicklung und allen Willen zur deutschen Einheits- und Volksgemeinschaft zu wirklicher produktiver Schulreform, zur Volksgemeinschaftskultur unterbinden. Der geordnete Schulbetrieb muß unerschrocken werden gemäß der höchsten Möglichkeit, darf nicht so herabgeschraubt werden, daß durch die Konfessionalisierung Klassen- und Klasseninteressen sich auf Kosten der Volksgemeinschaft schütten können. Die in Frankfurt a. M. versammelten entschiedenen Schulreformer verlangen, daß dieser Gesetzentwurf verwerfen, und daß der Neuaufbau des Schulwesens in einem anderen Gesetzentwurf gemäß seiner inneren Beschaffenheit vorgenommen werde.“

Ein Vortrag von August Henn-Neußlin über „Die Gartenarbeitschule“ führte in die Praxis der Gemeinschaftsschule. Die Gartenarbeitschule, in die bisherigen Volksschulen eingebaut, sei ein erster Schritt von der alten zur neuen deutschen Schule. Durch die Gartenarbeitschule erziehe man ein Geschlecht, das für Schönheit empfänglich ist und die Natur liebt. — Die Berufsschule als Glied der Produktivität behandelte Dr. Olga Essig-Frankfurt a. M. Eine Reform der heutigen Berufsschule habe von der Berufsbildung als Kern- und Ausgangspunkt einen Weg zur Menschenbildung zu suchen. Ihre Aufgabe liege also in der Synthese beruflicher Schulung mit allseitiger harmonischer Selbstauswirkung. Dazu bedürfe es außer grundrührenden Umgestaltungen im organisatorischen Aufbau vor allem einer völligen inneren Umstellung der Lehrmethoden und des Lehrstoffes nach Inhalt und Geist. — Nach einem Referat von Fritz Gansberg-Bremen über „Rechtsgemäher Unterricht für die Begabten sprach Kawerau-Charlottenburg über „Den Geschichtsunterricht“. Er stellt als Methode des Geschichtsunterrichts auf: Ausgangspunkt: vom Kinde und von der Gemeinschaft. Beobachtung der Umwelt; Erarbeiten des Stoffes. Keine Suggestion, keine ewigen Aufgaben oder Gedächtnisdrill, sondern Forschungsaufgaben. Keine Eitelheit, sondern Sachlichkeit und Wahrhaftigkeit. Das Ergebnis dieses Unterrichtes sei freies Menschentum. — Damit war der Beratungsstoff erledigt.



# Aus der Stadt

• Karlsruhe, 24. Mai.

## Geschichtskalender

24. Mai. Der Astronom Nikolaus Kopernikus in Frauenburg. — 1848 Planete v. Dostoevskij, Schriftstellerin, auf Schloss Reersburg. — 1878 Erstes Sozialengesetz vom Reichstag abgelehnt.

## Disqualifikation

Durch Selbstzerfleischung und Parteilichkeit — Dies Laster hat schon Tacitus beschrieben — Hat Deutschland sich von jeher ausgiebigen, Denn was nutzt Stärke, so man trübt ist!

Der Deutsche ist ein sonderbarer Christ: Statt sich zu mehren und den Feind zu lieben, Wird inner Herz zühöchst hinaufgetrieben; Wer staunt darum, wenn uns der Fremdling fröhlich?

Wie kann man anders als das Söldat preisend, Daß es des Erdenballs Kommandoführer, Nicht den Germanen in die Hände gab?

Wie können Leute, die den Freund zerreißen, Statt Mäß und Würde auch im Streit zu halten, Mit Willigkeit im fremden Lande säen?

Ferdinand Wädinger

## Karlsruher Parteinachrichten

### Jahresversammlung des Sozialdemokratischen Vereins

Nebenamtliche Punkte enthält die Tagesordnung für die morgigen abends 8 Uhr stattfindende Jahresversammlung im „Elefanten“, die innerpolitischen wie außerpolitischen Vorgänge behörden der Aufklärung für die Arbeitnehmerschaft. Genosse Reichsstaatsrat Schöpflin wird deshalb alle die wichtigsten aktuellen Fragen in seinem Vortrag „Die Not des Deutschen Reiches und die Sozialdemokratie“ behandeln. Außerdem soll noch zur Wahlkreisreform, zur Kandidatenfrage zur Landtagswahl Stellung genommen und die Wahl der Delegierten zur Wahlkreisreform vorgenommen werden. Für jeden Genossen und jede Genossin ist die Versammlung deshalb äußerst wichtig, jedoch ein zahlreiches Erscheinen notwendig ist.

Werbegruppe Getriebearbeiter. Die auf heute abend anberaumte Generalversammlung fällt, infolge der Protestversammlung im „Friedrichshof“ aus. Sie findet am Dienstag, den 31. Mai statt.

### 20 Millionen Mark für den Wohnungsbau 1921

Der Stadtrat hat beschlossen, zur weiteren Förderung des Wohnungsbau im Jahre 1921 einschlägig der vom Reich und Land zu erhaltenden Beihilfen Mittel im Betrage von 20 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Mit dieser Summe sollen 191 Wohnungsbauten erstellt werden. Es wurde die sofortige Inangriffnahme eines ersten Bauabschnittes beschlossen und der Erhebung einer besonderen Abgabe, der sogenannten Wohnabgabe, grundsätzlich zugestimmt. Die Verteilung der Bauten ist wie folgt geplant: Mieter- und Bauvereine 12 Wohnungen im Betrage von 4.224.500 M.; Gartenstadt Karlsruhe 34 Wohnungen 2.979.000 M.; Gartenstadt Grünwinkel 47 Wohnungen 3.795.250 M.; Mieter- und Handwerkerbauvereine 58 Wohnungen 5.250.000 M.; für Private 3.750.250 M., zusammen also 20 Millionen Mark. Den Löwenanteil bezieht wieder die Mieter- und Handwerkerbauvereine, während sich die anderen Genossenschaften trotz ihres riesigen Wohnungsbedarfes mit weniger beschneiden müssen. Dies rührt daher, weil die Straßen zu weiteren Bauten bei diesen Genossenschaften fehlen. Wir meinen jedoch, daß dies auf die Dauer auch nicht geht und recht bald zum Bau von Straßen geschrieben werden muß, damit auch diese Genossenschaften wieder bauen und ihre Mitglieder beschäftigen können.

Der Ausbau des früheren Bauabschnittes ist inzwischen fertiggestellt. 138 Wohnungsbauten des Jahres 1920 und 54 neuerbaute Wohnungen des zweiten Bauabschnittes der Kollachhäuser sind bezogen. 200 Mietwohnungen in Privathäusern wurden neu abgeteilt, weitere 200 Wohnungen werden durch Ausbau von Kellern gewonnen. Eine nennenswerte Entspannung der durch die Wohnungsmangel geschaffenen Lage ist aber noch nicht zu beobachten. Die große Zahl der Beschäftigten der vergangenen zwei Jahre zeigt erst jetzt ihre volle Wirkung. Eine Verringerung der unheilvollen Zustände ist nur denkbar durch Schaffung neuer Wohnungen in so großer Zahl, daß wieder ein Wohnungsmarkt entsteht und Mieter, wie Vermieter gezwungen sind, die gebührenden Rücksichten gegenseitig zu üben.

## Bürgeranschauungsvorlagen

Nachtragskredit zum Wohnungsbau 1921. Der Anlehnungskredit zur Förderung des Wohnungsbau von 7.820.000 M. soll um 1.780.000 M. erhöht werden. Die Gesamtschulden waren veranschlagt auf rund 10.877.000 M., nach den bis heute vorliegenden Abrechnungsergebnissen stellen sie sich in Wirklichkeit auf 15.061.000 M. Dieser Erhöhung der Baukosten entspricht eine Erhöhung des vertraglichen jährlichen Zinsfußes auf 9.100.000 Mark.

Der frühere Artillerie-Richtungsbüro im Anlehnungskredit soll vom Reichsfiskus erworben werden. Es sind 10.042 Quadratmeter Ackerland und 680 Quadratmeter Baugebiet zusammen 10.702 Quadratmeter. Der Kaufpreis beträgt pro Quadratmeter 2,75, also 29.430 M., dazu noch die Erwerbskosten, jedoch der Gesamtaufpreis auf 32.000 M., der aus Anlehnungsmitteln zu betreiben ist, veranschlagt ist.

Erstellung der 2. Hafenzugfahrt und des städt. Industriegebietes bei der Maschinenbau-Gesellschaft. Die Dammichtung der 2. Hafenzugfahrt ist als Maßnahme der produktiven Erwerbslosenfürsorge gedacht und soll der vom Gesamtaufwand von 205.000 M. auf die Stadt entfallende Anteil von 85.000 M. aus Anlehnungsmitteln betreffen.

Eine weitere Vorlage betrifft die Erhöhung der Tarife der Karlsruher Lokalbahn. Der Vorschlag der Lokalbahn wird voraussichtlich mit einem Defizit von 1,6 Millionen Mark abschließen. Die Erhöhungen betreffen sich hauptsächlich auf einfache Fahrkarten für die Tarifkilometer 1-7 und für Schülerkarten. Bei Arbeiter- und Soldatenkarten wird die Lokalbahn bis zum Kilometer 4 mit ihren bisherigen Sätzen den gleichen Preis haben wie künftig der Staatsbahn, von Kilometer 5 an jedoch einen höheren. In der Vorlage wird darauf hingewiesen, daß die künftigen Preise der Lokalbahn den künftigen Preisen der Staatsbahn 3. Klasse gleich sind. Das mag sein. Aber Tatsache ist auch, daß die 3. Klasse der Lokalbahn nicht besser ist als 4. Staatsbahn und daß das 3. Klasse Lokalbahn doch ganz bedeutend schlechter ist, als in 4. Klasse Staatsbahn, denn der Spitzname „Knochenhändler“ für die Lokalbahn kommt ja nicht von ungefähr. Solche Vergleiche wirken wahrhaftig nur lächerlich.

Erhöhung der Bodenmarktgebühren. Da die auf dem Bodenmarkt lastenden Ausgaben mit 124.000 M. die Einnahmen

mit 62.000 M. um 62.000 M. übersteigen, sollen die Bodenmarktgebühren um 100 Proz. erhöht werden. Damit würden die Gebühren etwa das 10fache ihres Friedensbetrages erreicht haben.

Eine Reihe weiterer Vorlagen betreffen Anläufe von Grundstücken, Erweiterung des städt. Wasserwerkes und Erhöhung der Bestattungsgebühren. Bei letzteren handelt es sich um eine 50prozentige Erhöhung der Gebühren für Bestattung von allgemeinen Bestattungsplätzen, sowie für Bewilligung oder Verlängerung des Bestattungsberechtigten an besonderen Bestattungsplätzen.

## Lohnunterschieden im Malergewerbe

Eine am Sonntag, 22. Mai, abgehaltene Malerverammlung, die sich eines starken Besuchs zu erfreuen hatte, kam nach einem Bericht über die augenblickliche Lage und nach ergänzenden Berichten der Betriebsobleute zu einer einmütigen Stellungnahme im gegenwärtig schwebenden Lohnstreit, die in der gegen eine Entschärfung erfolgten Annahme nachstehender Entschärfung niedergelegt ist:

„Die heutige Maler- und Lüncher-Verammlung erblickt nach der Berichterstattung der Betriebsobleute und in den von diesen mitgeteilten Neuierungen der verschiedenen Arbeitgeber den Beweis, daß die im Karlsruher Lohngebiet entstandene Situation und die tarifmäßige Haltung eines Teils der Firmen auf die zweifelhafte und führungslöse Haltung der Arbeitgeber-Verbandsleitung zurückzuführen ist. Diese hätte sich eine Preisgabe der Haupttarifamtsbeschlüsse nicht zu schulden kommen lassen dürfen. Angesichts der Bereitwilligkeit zum Zahlen, die von vielen Firmen in Karlsruhe, wie auch in Durlach bereits ausgesprochen und tatsächlich seit 1. Mai auch schon durchgeführt wird und weiter angeht der Geringfügigkeit der streitigen Lohnunterschiede wird von einem Streikbündnis zunächst Abstand genommen. Dem Beschluß des Haupttarifamtes soll auf dem Wege der Klage Geltung verschafft werden.“

Die Versammelten stellten sich, wie dies von allen Rednern betont wurde, fest und entschlossen hinter ihre Verbandsleitung und halten sich zur Durchführung weiterer etwa notwendig werdender Maßnahmen jederzeit bereit. Zur Durchführung der Klagen wurde die nötigen Vollmachten sofort ausgefertigt, so daß auf kürzestem Wege eine Entscheidung herbeigeführt werden kann. Zu vorzuziehender bleibt die Art und Weise, wie die Arbeitgeberorganisation des Haupttarifamtes den wirtschaftlichen Frieden zu erhalten, in unverantwortlicher Weise durchkreuzt, nachdem sie doch in früheren Jahren selbst so oft und so gerne sich diese Bemühungen der Unparteilichen zu Nutzen zu machen wußte.

## Herlicher Blumenstrahl im Bourgeoisie-Stadtteil

Beseitigung der Anlagen im Proletarierviertel. Von einem Mühlburger Parteigenossen wird uns geschrieben: Vor einigen Wochen wurde in der Tagespresse dem Karlsruher Publikum kund und zu wissen getan, daß der Stadtgarten-Direktor Scheerer für dieses Jahr dem Stadtbüro 300.000 M. ersparen muß, indem die sonst übliche Blumenpracht unserer städtischen Anlagen für dieses Jahr in Wegfall kommt. Jeden Natur- und Blumenfreund schmerzte diese Mitteilung; jedoch man hegte die Hoffnung, daß die Anlagen mit nur einfachem Graschnitt erhalten bleiben. Auch diese Hoffnung mußte aufgegeben werden, zumal wenn eine derartige Anlage nicht in einem Bourgeoisie-Viertel, sondern vielmehr im Proleten-Viertel gelegen ist. Die Bevölkerung des nördlichen Teiles des Stadtteiles Mühlburg hatte einen angenehmen Auenpark in der Anlage des nach Karlsruhe-Mundart genannten „Friederichsplatz“. Jung und Alt suchten dort abends und zum großen Teil auch unter Tag, unter dem Schatten der Bäume während der heißen Jahreszeit Erholung. Die grüne Grasmatte samt dem reichhaltigen Blumenreichtum gab dem Ganzen einen wunderbaren Reiz. Manche Proletarier-Kind lag dort in Träumen versunken mit ihrem Erheben auf dem Schöße unter den schattigen Bäumen des „Friederichsplatz“ nieder. Kinder, die dem Säuglingsalter entronnen, machten auf den von Vätern beschatteten Schwestern ihre ersten Gehversuche. Kurzum, „s Friederichsplatz“ war das Juwel der Mühlburger. Weisheit jeden Verkehrs gelegen, war das „Friederichsplatz“ ein gern aufgesuchter Aufenthaltsort, bis eines schönen Tages die Herren des Herrn Stadtgarten-Direktors mit rauher Faust die garten Straucher rausgruben. Noch nicht genug. Auch die Umzäunung, die dem Schutze der Grasmatte diente, wurde rausgerissen. Die Erdbäder, die durch das Ausreißen entstanden sind, wurden offen gelassen, jedoch das einst trotz aller Einfachheit so schöne „Friederichsplatz“ einem zerstörten Grundstück abgeteilt. Diese Anlage benötigte keinerlei Kosten aufwand zur Unterhaltung und doch mußte sie der Sparwitz des Herrn Scheerer zum Opfer fallen. Doch warum all die Klagen? In alternativer Nähe ist doch der Friedhof, mag doch das „Proletarierpad“ dort zwischen den Gräbern moderner Leiden Erholung suchen; oder aber lassen es ihm um „lustende“ Wirge zu tun ist, in dem schmalen-reichen Stadtwald mit seinen angrenzenden Niefelfeldern. Ein Ersatz für verloren gegangenes „Glück“ hat der Stadtrat den Anwohnern des „Friederichsplatz“ gegeben, und zwar insofern, daß dort jetzt Luftschaukeln und Karussells aufgeschlagen werden dürfen, die dann mit ihren der Drehorgel „entlocken“ Quietschönen das Konzert für die Proleten abgeben. Doch halt, Gerechtigkeit muß sein! Herr Scheerer hat doch noch ein Herz. Der kaum 10 Minuten vom „Friederichsplatz“ entlegene „Hörsingplatz“, dessen Anwohner begüterte Leute sind, ist dem „Publikum“ erhalten geblieben. So muß es auch sein. Bauernhofreife Luft, die Bäumen und Sträuchern entspringt, ist nur für die Anwohnungsorgane der besseren Gesellschaft. Die verstaubten Katzenfügel der Proleten müssen aus Sparfamtsrückichten des Stadtgarten-Direktors darauf verzichten.

Dollarnote-Schwinder. Am 18. Mai 1921 vormittags kurz vor Abfahrt des Schnellzuges Karlsruhe-Stuttgart hat ein angeblicher Heuböring sich in der Wechselstube im hiesigen Hauptbahnhof 5000 M. erschwindeln, in dem er eine 100 Dollarnote Nr. 502 vom Jahre 1884, die, wie jetzt festgestellt wurde, vor dem Kriege außer Kurs gesetzt wurde, umzuwandeln und sich den genannten Betrag auszahlen ließ. Der angebliche Heuböring, angeblich im Hotel Marquart in Stuttgart wohnhaft, ist etwa 30-35 Jahre alt, mittelgroß, hat gestrichelten dunkelblonden Schnurrbart und trug grauen Anzug. Im Fahndung, Festnahme, Sicherstellung des Geldes und Nachricht in Ermittlungsfälle an die Staatsanwaltschaft Karlsruhe wird er sucht.

Für die streikenden Textilarbeiter. Die am 23. Mai stattgefundene Versammlung des Zentralverbandes der Textilarbeiter in und Heizer, Zofistelle Karlsruhe, hat beschlossen, den streikenden Textilarbeitern in Oberland 1000 M. zu überweisen.

Die ehrenamtlichen Wohnungsbauhilfer werden auf heute abends 8 Uhr in die „Gambriusallee“, Erbsengrabenstraße 30, zu einer gemeinsamen Besprechung eingeladen. Wir erziehen um pünktliches und zahlreiches Erscheinen.

Badisches Landes-Theater. Der Wochenplan enthält außer der bereits angekündigten Wiederholung von „Bohème“ am Dienstag, den 24., eine Aufführung von „Mignon“ am Freitag, den 27., eine Aufführung von „Lohr“ in der bekannten Besetzung. Am Freitag, den 27., gelangt in der Neuinszenierung „Die Jüdin“ mit Frau Jacema-Brigmann, sowie den Herren Neugebauer, Aldori und Wiltner in den Hauptpartien zur Aufführung. Die erste Wiederholung der Opernreihe „Die tote Stadt“ ist für Sonntag den 29. angelegt. Im Schauspiel wird Mittwoch, den 25., „Maria Stuart“ als Schiller-

vorstellung B gegeben. Am Freitag, den 27., findet im Konzerthaus „Der neue Papa“ und Sonntag den 29. „Zwangs-einquartierung“ statt. Samstag, den 28., gelangt der fluffige Komödienabend zur ersten Aufführung mit den 8 Einaktern: „Die Spieler“ Komödie von Nikolai Gogol, deutsch von August Scholz, „Die Kulissen der Seele“ Monodrama von Nikolai Kololajewitsch Gureinoff, deutsch von Franz Theodor Golor, „Der Heiratsantrag“ Grottske von Anton Tschadow, deutsch von Aug. Scholz. Auf diesen Abend sei ganz besonders hingewiesen.

Karlsruher Herbstwoche 1921. Wie bereits bekannt geworden ist, haben verschiedene Körperschaften und sonstige Organisationen der Stadt für die 2. Hälfte des Monats September ds. Js. hier eine Reihe von Veranstaltungen in Aussicht genommen, die sowohl in künstlerischer als auch in verkehrs- und wirtschafts-politischer Hinsicht von großer Bedeutung für Karlsruhe sein dürften. Das Badische Landes-Theater wird dabei mit einem „Karlsruher Musikfest“ vertreten sein. Im übrigen sind verschiedene Ausstellungen, sportliche Wettbewerbe und dergl. vorgesehen. Das Programm wird demnächst veröffentlicht werden.

Die Schützengesellschaft Karlsruhe feiert in den Tagen vom 29. Mai bis zum 5. Juni ds. Js. ihr zweihundertjähriges Bestehen. Der Ehrenpreis auf die Jubiläumsschieße Karlsruhe besteht, wie uns geschrieben wird, in einer G a d - u. M e - u - M a s c h i n e, Marke Czella, welche von der Maschinenfabrik Karlsruhe vorm. Gaid. u. Neu hier gespendet wurde und im Schaufenster des Jigarenhauses Herrn Meyle am Marktplatz ausgestellt sein wird.

H. Hüppner. Die landw. Ein- und Verkaufsgenossenschaft Hüppner hielt am Sonntag, den 22. Mai, nachm. 3 Uhr, im Kronensaal ihre ordentliche Generalversammlung ab. Oberrevisor Hofmann vom Verband bad. landw. Genossenschaften Karlsruhe, erläuterte den Jahresbericht. Im Geschäftsjahr 1920 wurde ein Gesamtumsatz von rund 500.000 M. und ein Reingewinn von 900 M. erzielt. Laut Revisionsbericht ist die Kassenführung in guter Ordnung; demzufolge wurde durch die Generalversammlung einstimmig Entlastung des Gesamtvorstandes erteilt. Der Vorstandsvertreter besprach nach die Vorrede des genossenschaftlichen Warenbezugs, woran sich eine rege Aussprache angeschlossen. Zum Schluß der Generalversammlung hielt Herr Weiß, Rechnungsrat a. D. von Karlsruhe einen belehrenden Vortrag über die rationelle Geflügelzucht. Er wies in vielen praktischen Beispielen nach, daß dieselbe zur Zeit sehr lohnend ist und eine bessere Beachtung überall finden sollte.

D. Intern. Ringwettbewerb im Colosseum. Gestern abend hatte als erstes Paar der wieder eingetroffene v. d. Hehd gegen Schäfer zu ringen. Der Kampf war schön und fair, endete jedoch schon nach 12 Minuten mit einem Siege v. d. Hehd, der seinen Gegner mit Untergriff von vorne auf beide Schultern brachte. Als zweites Paar rangen Opik gegen Jilch. Der Kampf war recht lebhaft und wenn Opik ringt, manchmal recht robust. Die Zeit von 20 Minuten reichte zu einer Entscheidung nicht aus. Es folgt Herausforderungsboxkampf Kochansky - Zuffo. Herausforderer war Zuffo. In der 4. Runde erhält Kochansky 2 Aufschläge und mußte sich auszuscheiden lassen. Sieger: Zuffo. Heute Dienstag ringen: v. d. Hehd - Kochansky; Oesterreich - Christensen. Freier Ringkampf Zuffo - Rudolph.

## Aus der Partei

S. Grünwettersbach, 23. Mai. Die letzten Samstag stattgefundene öffentliche Versammlung in der Gen. Abt. A u d e r i aus Karlsruhe über die politische Lage sprach, war leider nur mäßig besucht. Die organisierte Arbeiterschaft von hier, hat sich mit dieser Gleichgültigkeit ein schlechtes Zeugnis ausgestellt. Der Redner erntete mit seinen trefflichen Ausführungen reichen Beifall. Diskussion fand keine statt.

Aue bei Durlach, 23. Mai. Ein lang gehegter Wunsch der Arbeiterschaft soll nun jetzt auch hier in Erfüllung gehen. Am kommenden Mittwoch, 25. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet im oberen Saal zum „Sternen“ die Gründungsversammlung des Vereins Arbeiter-Jugend Aue statt. Wir richten an die hiesigen bewährten Arbeiterschaft die Bitte, ihre aus der Schule entlassenen Söhne und Töchter im Alter von 14-18 Jahren zu dieser Versammlung zu schicken. Der Monatsbeitrag ist gering bemessen, es wird dafür noch die treffliche Monatszeitschrift Arbeiter-Jugend frei geliefert. In unserer Jugendorganisation werden die jungen Leute zu brauchbaren Menschen herangezogen, um in ihrem späteren Fortkommen leichter und zielbewußter den Weg zu finden. Alle jungen Arbeiter und Arbeiterinnen gehören deshalb in die Arbeiter-Jugend.

## Soziale Rundschau

Ein glänzender Sieg der freien Gewerkschaften in Freiburg. Bei den Vertreterwahlen zur Freiburger Orts-Frankenliste erhielten die Freien Gewerkschaften 3539 Stimmen und die Christlich-nationale Vereinigung 1838 Stimmen. Somit fielen den freien Gewerkschaften 39 und der christlichen Vereinigung 21 Vertreter zu. Hiermit haben die freien Gewerkschaften 12 Sitze erobert, während die Christlich-Nationalen 12 Sitze verloren haben. Die Wahlbeteiligung selbst war flau.

## 6. Verbandstag der Polizeibeamten Badens

(Schluß.)

In der Aussprache über die vom Vorstand gemachten Vorschläge erklärte u. a. im weiteren Verlauf der Tagung Vorsitzender Polizeikommissar Graf, daß die Polizei auf das Streikrecht verzichten müsse. Der Vertreter der Gendarmerie hat ebenfalls den Streik für praktisch unmöglich und befürwortet im übrigen — im Gegensatz zum Vertreter der sächsischen Polizeibeamten — die Entwicklung zu einem Zusammenarbeiten mit den Arbeiter- und Angestelltenorganisationen. Die Bildung eines Einheitsverbandes der Polizeibeamten wurde allgemein als wünschenswert bezeichnet. In längerer Debatte wurden die Besoldungsfragen, Titelfragen, sowie das Prüfungsverfahren behandelt, wozu Ministerialrat Leers erklärende Erläuterungen gab. Gutgeheißen wurde die Bestellung eines Hauptgeschäftsführers im Hauptamt. Dem Verbandstag des Reichspolizeibeamtenverbandes wurde ein Antrag überwiesen. Grundzüge über die Amtsbezeichnung, Uniform, Gehalt usw. nach einheitlichen Grundfragen auszuarbeiten.

Nachdem der Vorsitzende Graf den Jahresbericht und Nachtragsbericht des Verbandes vorgelesen hatte, wurde dem Verband unter dem Vorsitz von Graf die Vorstandswahl ergab: Vorsitzender: Polizeikommissar Graf-Heidelberg; 2. Vorsitzender: Polizeikommissar Seidelin; Schriftführer: Weich-Heidelberg; 3. Vorsitzender: Karlsruher; Kassier: Aue-Heidelberg; 4. Vorsitzender: Karlsruhe; 5. Vorsitzender: Karlsruhe; 6. Vorsitzender: Karlsruhe. Die Gemeindepolizeibeamten sind im Vorstand vertreten durch Wandwieser, Stellvertreter: Huber. Für den Reichsverbandstag wurden gewählt: Meyer-Karlsruhe und Walter-Heidelberg. Ort des nächsten Verbandstages: Konstanz.

### Badischer Landtag.

Fast wäre die heutige Landtagssitzung eine landwirtschaftliche Agitationsversammlung geworden. Denn die Anträge und Interpellationen waren auf diesen Ton gestimmt und verschiedene Redner machten noch Musik dazu. Eine Wendung trat ein mit der Behandlung der Zentrumsinterpellation über einen teubauerischen Fall von Terrorismus, der in einer Offenburger Fabrik vorkam. Das Zentrum glaubte damit einen großen Erfolg zu erzielen, kam jedoch **übel an**: die Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion beurteilten selbstverständlich den Offenburger Terrorismus wie jeden Terrorismus überhaupt, nachdem ihre Parteigänger früher vielfach gerade seitens der heutigen Ankläger unter Terrorismus litten und machen schließlich Feststellungen über den Terrorismus der christlichen Gewerkschaften, die den Interpellanten sehr bitter klangen. **Alles so vom Offenburger Fall politisch wenig mehr übrig**, so dürften wir so stärker die Feststellungen haben bleiben, die Genosse **Großhans** über Äußerungen des Zentrumsabgeordneten Straub machte, der sehr eigenmächtig einen Artikel dem fraglichen Genossen zuschob, ohne daß dieser irgendwie hieran beteiligt war. Zu erwähnen ist schließlich noch die von allen Seiten des Hauses erfolgte Anerkennung des Arbeitsministers **Dr. Engler**, dessen Stellung und Maßnahmen allseits die Zustimmung des Hauses fanden.

gr. Karlsruhe, 23. Mai.

#### 40. öffentliche Sitzung.

Präsident **Kopf** eröffnet die Sitzung um 3.20 Uhr.

#### 2. Lesung des Liegenschafts- und Betriebsvermögenssteuer-Gesetzes

Im Eingang befinden sich verschiedene Petitionen aus dem Kreis von Handel und Industrie betr. den Gesekentwurf über die Besteuerung des Liegenschafts- und Betriebsvermögens.

**Abg. Freudenberg** (Dem.) berichtet namens des Ausschusses über das Gesetz über die Liegenschafts- und Betriebsvermögenssteuer. Der Ausschuss schlägt für die 2. Lesung verschiedene Änderungen am Gesetz vor, womit die eingegangenen Gesuche erledigt sind. Gemäß den vorgenommenen Änderungen wird der Art. 1 des Gesetzes in dem Sinne des Entwurfs geändert, wonach unter gewissen Einschränkungen die Besteuerung der Erbschaften ein Steuerzuschlag für die Steuern des vorliegenden Gesetzes gemacht werden kann. Der Gesekentwurf wird in 2. Lesung mit den vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

**Abg. Albieß** (Ztr.) berichtet namens der Kommission über den Antrag **Berke** (D.M.), wonach der Landtag beschließen möge, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß der Erlös von durch Maul- und Klauenseuche getötetem Vieh, sowie der Erlös der an den Feindbund abgelieferten Tiere, einschließlich der Pferde, umsatzfrei sind. Der 2. Teil des Antrages hat nach den Ausführungen keine Aussicht auf Annahme, während beim 1. Teil des Antrages bezüglich getöteter Tiere empfehlende Überweisung befürwortet wird.

Nach kurzen Bemerkungen der **Abg. Fischer-Reisenheim** (D.M.), **Red** (Dem.), **Weißhaupt** (Ztr.), **Gloßner** (Dem.), **Vorster** (Soz.), **Schneider-Heidelberg** (Ztr.), **Kurz** (Soz.), **Schöpfle** (D.M.) und **Albieß** (Ztr.), der als Berichterstatter betont, daß nach reiflicher Überlegung der 2. Teil des Antrages im Ausschuss gegen 2 Stimmen abgelehnt wurde, wird der 1. Teil des Antrages bezugl.

**Umsatzsteuerfreiheit bei dem an Maul- und Klauenseuche getötetem Vieh**

eingeführt und der 2. Teil des Antrages bezugl. der an den Feindbund abgelieferten Tiere gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einigen Mitgliedern der Zentrumsfraktion und der Demokraten angenommen.

**Abg. Seubert** (Ztr.) begründet seine förmliche Anfrage über die Interessenschädigung der badischen Kleinbrenner durch den neuen Branntweinmonopolgesetzentwurf.

**Finanzminister Köhler** gibt Erläuterungen zum Branntweinmonopolgesetzentwurf. Sein Bestreben geht dahin, die Vergünstigungen für die Kleinbrenner zu verringern und sie zu beseitigen, was vom Reich damit begründet wird, daß die Abfindungsbrenner ihre Vergünstigungen mißbrauchen und Steuerhinterziehungen vornehmen. Die süddeutschen Regierungen haben dazu Stellung genommen und beantragen, daß die Vergünstigungen in gewissem Maße weiter aufrecht erhalten bleiben. Dagegen müßte gegen die Schiebungen von Brennern Front gemacht werden.

**Abg. Stork** (Dem.) stimmt den Ausführungen des Ministers zu und tritt gleich den folgenden Rednern **Abg. Engelhardt** (Ztr.) und **Abg. Weißhaupt** (Ztr.) für die Beibehaltung der bisherigen Vergünstigungen ein.

**Abg. Häufig** (Soz.): Auch wir halten es für angebracht, daß den bisherigen Verhältnissen in möglichem Maße Rechnung getragen wird. Aber die Verhältnisse beim Schwarzbrennen müssen geändert werden. Es werden hierbei große Summen beiseite geschafft, hierdurch werden die realen Brenner nur geschädigt. Auch ist zu verhindern, daß hochwertige Lebensmittel zu Brennzweden verwendet werden. Wenn wir für Beibehaltung des Kontingents von 50 Liter eintreten, so ist damit eine alte Legende zerstört. Den Ausführungen des Finanzministers auf Beibehaltung von 50 Proz. stimmen wir zu und verlangen die Beibehaltung des Kontingents von 50 Liter. Auf der anderen Seite unterstützen wir alle Maßnahmen der Regierung gegen das Schwarzbrennen und gegen Steuerhinterziehung.

**Abg. Fischer-Reisenheim** (D.M.) tritt für Beibehaltung der bisherigen Vergünstigungen ein. Bei den Schwarzbrennern sehen wir viel zu schwarz; wenn wir zu viel Schwarzbrenner vermuten.

Nach weiteren Bemerkungen der **Abg. Albieß** (Ztr.) und **Bierniesel** (Ztr.) wird die Beratung der Interpellation geschlossen, nachdem **Abg. Seubert** (Ztr.) als Berichterstatter die Einmütigkeit des Hauses in dieser Frage feststellt.

**Abg. Siegelmaier-Oberkirch** (Ztr.) begründet seine förmliche Anfrage, ob der Regierung bekannt ist, daß eine christlich-organisierte Arbeiterin wegen der Zugehörigkeit zu ihrer Organisation durch die

#### Maßnahmen des Betriebsrates der Firma Walter Claus in Offenburg

zum Uebertritt gezwungen und, als sie sich dagegen sträubte, der Betrieb durch die Mitglieder des Betriebsrates widerrechtlich eingestellt wurde. Wie der Redner mitteilt, ist der Fall inzwischen behoben und auch von der sozialdemokratischen Presse nicht aufgegeben worden. Zu beklagen ist, daß der Verband das Vorgehen im Betrieb gebilligt hat.

**Arbeitsminister Dr. Engler**: Das Arbeitsministerium erklärte von vornherein, daß es nicht billigen kann, daß ein Betrieb wegen der Mitarbeit einer anders organisierten Person stillgelegt wird und es ist auch den Bemühungen des Regierungsrates Frull gelungen, den Zwist beizulegen. Wir vertreten durchaus die Koalitionsfreiheit und erst recht die religiöse Freiheit. Im übrigen möchte ich feststellen, daß der Betriebsrat der Firma Claus nicht der sozialdemokratischen Partei angehört. Die Vorgänge fielen in eine Zeit, in der die Kommunisten große Pläne vorstücken und vielleicht wollte man damit auch das ruhige Offenburg in Bewegung bringen. Unser Standpunkt ist Wahrung der Koalitionsfreiheit nach jeder Richtung. Für die Entwicklung ist es besser, wenn sich die Dinge in Freiheit entwickeln, als wenn immer der gesetzliche Zwang angewendet wird.

**Abg. Dr. Beser** (Dem.) beurteilt den Offenburger Fall und billigt die Haltung des Arbeitsministeriums. Gegen das Betriebsratsgesetz kann man aus dem Fall kein Material sammeln.

#### Abg. Vorster

Ich möchte feststellen, daß die Freien Gewerkschaften nicht sozialdemokratisch sind, sondern Arbeiter aller Richtungen umspannen. Vorgänge, wie der Offenburger, sind glücklicherweise selten. Wir hören erfreulicherweise nur wenig mehr von Terrorismus, und wenn er vorkommt, handelt es sich um junge Organisationen, deren Angehörige noch nicht recht wissen, was sie zu tun haben. Die Textilarbeiter befinden sich wegen der niedrigen Löhne in großer Erregung. Trotzdem beurteilt meine Fraktion einstimmig den Offenburger Fall. Außerdem ist aber auch ein erzwungenes Mitglied für eine Organisation wertlos und ein solcher Fall liefert, wie die Tatsache zeigt, den Gegnern nur Material. Aber auch die Gegenseite liefert Material. So gingen die Missionen, wie das vorliegende Material zeigt, gegen Zugehörige der Freien Gewerkschaften vor. Dies ist jedoch noch viel schlimmer, als wenn es von Arbeitern geschieht. Im übrigen beurteilen wir das Offenburger Vorkommen.

**Abg. Eberhardt** (Ztr.) beurteilt den Terrorismus gegen andersdenkende Arbeiter.

**Abg. Hamann** (Soz.): Hätten die christlichen Gewerkschaften f. Zt. nicht geschlossen, die Freien Gewerkschaften zu zerstückeln, so hätten wir diese Kämpfe überhaupt nicht. Denn bei den Gewerkschaftskämpfen spielt die Religion keine Rolle; hier brauchen wir nur Einigkeit. Derart predigt das Zentrum nicht den Unternehmern, sondern die Zerstückelung nach religiöser Auffassung? Es stellt dem Zentrum kein gutes Zeugnis aus, daß es auch heute noch die Zerstückelung pflegt. Im übrigen aber sollten diejenigen, die im Glashaus sitzen, nicht mit Steinen werfen. Denn wo die „Christen“ das Heft in der Hand haben, treiben sie es noch viel schlimmer, wie ein Fall in Amberg beweist, wo ein nicht christlicher Kriegsveteran in schärfster Weise diskriminiert wurde. Auch in Forstheim ist ein Fall zu verzeichnen, wo ein weltliches Mitglied der Freien Gewerkschaften ohne deren Wissen durch katholische Schweftern den christlichen Gewerkschaften zugeführt werden sollte. Ich richte an Sie die Frage, billigen Sie solche Dinge. Was Sie uns vorwerfen, tun Sie in

ganz erledigter Weise. Ich könnte noch zahlreiche Fälle aus der Bahlgasse anführen, wo Ehepaare gemacht wurden, gegen den Ehegatten nicht mehr eheliche Pflichten zu erfüllen, wenn die Gatten sozialdemokratisch wählen. (Große Heiterkeit.) Solange die Arbeiterzerstückelung besteht, werden immer solche Kämpfe bestehen. Dagegen wird der Zusammenschluß aller Arbeiter sie aus der Welt schaffen.

**Abg. Durig** (Ztr.) erklärt, daß die Meinungen über Wirtschaftsforderungen, Gewerkschaftsforderungen zwischen Freien Gewerkschaften und Christlichen Gewerkschaften weit auseinandergehen. Ich weiß, daß die Führer der Freien Gewerkschaften den Terrorismus verurteilen, doch haben diese nicht alle Arbeiter in der Hand. Der jetzige Textilarbeiterkreis ist kein Ausnahmefall in der badischen Gewerkschaftsbewegung. Die christlichen Gewerkschaftsbewegung wird sich durchsetzen. Das Zusammenarbeiten der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen ist notwendig und wird erfolgen.

**Abg. Habermehl** (D.M.) will sich nicht in den Streit der feindlichen Brüder einmischen und meint als Arbeiter, daß der Geschäftsklage des Hauses wichtigeres zu tun wäre, als sich in unfruchtbaren Streit zu führen. Meiner Freude möchte ich Ausdruck geben über die klaren Erklärungen des Arbeitsministers Engler, von dessen Gerechtigkeitssinn ich auch nichts anderes erwartet habe. In meiner Heimatstadt Forstheim sind die Gewerkschaften bemüht, erträgliche Verhältnisse zu schaffen. Zu verlangen ist, daß solche Terrorisierungsfälle endgültig aufhören.

**Arbeitsminister Engler** erklärt, daß die Betriebsräte sich von solchem Streit der Organisationen absolut fernzuhalten haben. Gegen die Institution der Betriebsräte ist jedoch aus diesem Falle keine Folgerung zu ziehen. Denn die Unternehmer verstehen es gut, die Betriebsräte heranzuziehen. In der Offenburger Sache schlossen wir uns dem Entschluß des Schlichtungsausschusses an. Der Druck, der früher auf die Freien Gewerkschaften ausgeübt wurde, wirkt heute noch nach. In den Kreisen der Freien Gewerkschaften haben derartige Fälle keine Wirkung. Die Regierung wird allezeit darauf achten, daß die Verfassung geachtet wird, soweit es in ihren Kräften steht.

**Abg. Strobel** (Soz.): Meine Partei, die früher sehr unter Terrorismus litt, kann einen Fall wie den Offenburger nicht billigen und beurteilt ihn. Gerade deshalb kann sie die Paulrede des **Abg. Eberhardt** aus der Zeit vor 1914 nicht billigen. Frühere Beschlüsse des Zentrums und seiner Parteitage verlangen, daß Sozialdemokraten nicht in Staatsgewerkschaften aufgenommen werden; das war viel schlimmer als der heutige Fall. Heute zeigen sich nur die Folgen dieser Politik. Ich möchte nicht unterjochen, woher der Urheber des Offenburger Falles stammt. Vielleicht war er früher ein Schlingel der Unternehmung: ein Gelber. Durch Neben im Parlament werden die Dinge nicht geändert. Denn auch von den „Christlichen“ liegen ähnliche Fälle vor. Der **Abg. Vorster** hat sich durch diese Zwischenfälle verunsichert. Auch die christlichen Gewerkschaften kommen ohne Klassenkampf nicht durch. Wir brauchen also hier keinen künstlichen Gegensatz zu schaffen, nachdem beide Gewerkschaftsrichtungen viele gemeinsame Ziele haben.

**Abg. Siegelmaier-Oberkirch** (Ztr.) freut sich über die Stellungnahme des **Abg. Habermehl** und dessen anerkennenden Worte über den Arbeitsminister und wünscht, daß sie auch in der deutlichen Presse verbreitet werden. Sie bebauern es, daß **Abg. Albieß** sich nur der heutigen Sitzung bedient. Eine Verschärfung der Gesetzgebung auf diesem Gebiete wollen wir nicht. Solange Artikel wie des Kollegen **Großhans** kommen, müssen wir vom Inkrafttreten Standpunkt aus das Recht der Zerstückelung und auch des Angriffs haben.

**Abg. Großhans** (Soz.) erklärt, daß er nicht der Verfasser des Artikels sei, den **Abg. Straub** zitiert hat. **Abg. Straub** hat eine Fälschung begangen, indem er feststellte, daß der Artikel **K. G.** gezeichnet war. Der Artikel war nicht **K. G.** gezeichnet und stammte nicht von mir. Ich halte es nicht für schädlich, mir Religionsfeindlichkeit nachzusagen. Denn Zentrum und Religion sind ameerlet Dinge.

**Abg. Hamann** (Soz.) erklärt, daß die Freien Gewerkschaften mit den Kommunisten fertig werden, wie **Abg. Albieß** mit den Fachabteilungen fertig wurden.

**Abg. Straub** (Ztr.) befaßt sich in persönlicher Bemerkung vor, bei einer Generaldebatte dem **Abg. Großhans** zu antworten. Die Debatte ist damit geschlossen.

**8. öffentliche Sitzung: Dienstag früh 9 Uhr. Tagesordnung: Petitionen.**

Schluss der Sitzung 7.15 Uhr.

**Grießsuppe.** Zutaten: 100 Gr. Grieß, 50 Gr. Fett oder Butter, 1 1/2 Ltr. Fleischbrühe oder Wasser, 1/2 Bäckchen von Pfeffer-Eiweißpulver, Salz.  
Zubereitung: 100 Gr. Grieß werden mit dem Fett unter stetem Rühren hellbraun geschmort. Dann fügt man die Brühe oder das Wasser hinzu, gibt das Eiweißpulver daran und schmeckt die Suppe mit Salz ab.  
Gute Rezepte werden honoriert von den Redaktionsstellen **Decker u. Co., Weidenfeld.**

Der Seifengehalt von

# Flammer

Seifenpulver

ist um

## 50%

erhöht worden



**ÜBERZEUGEN SIE SICH VON DER GÜTE DURCH EINEN VERSUCH.** Preis 1M.85<sup>4</sup> für ein Paket

♦ **KRAEMER-FLAMMER-HEILBRONN** AN. ♦

Sob' ich zu wäshen - stets dann wähle ich Sinner - auf die Qualität ich zähle!



# Sinner

Bäckpulver • Puddingpulver • Speisen • Witzzo

---

**Para-likör Sinner A.G.**  
Karlsruhe-Grünwinkel

<b>Höchste Preise</b>	Herren-Sohlen und Fleck	45-48 Mk.
	Damen-Sohlen	35-38 "
	Kinder-Sohlen	15-30 "
	Herren-Fleck	10 "
	Damen-Fleck	5 "

**Josef Wackesser,** Kriegsstraße 66  
Ecke Kronenstraße

An die Abonnenten und Leser des „Volksfreund“! Bei Einkäufen eruchen wir unsere Abonnenten und Leser, die Geschäfte in erster Linie zu berücksichtigen, die im „Volksfreund“ inserieren.



# Kurzwaren

**zu sehr billigen Preisen.**

<b>Gummiband</b> Abschnitt v. 60cm 95 45 3/4	<b>Maschinenfaden</b> schwarz und weiss Rolle 200 m 2.15 100 m 95 3/4	<b>Wäscheborden</b> weiss . Meter 45 3/4 35 3/4
<b>Gummiband</b> ent. Qual. f. Strumpfbad. Mtr. 2.50 1.65	<b>Korsettschnur</b> , weiss 5 Mtr. lang . . . Stück 2.25	<b>Nahtband</b> , 4 Mtr. - St. 1.25
<b>Strumpfhalter</b> f. Dam. 1a Qualität Paar 2.75 2.25	<b>Stecknadeln</b> in Brief- chen, 48 Stck. . . Brief 35 3/4	<b>Schuhnestel</b> , Baumwolle 150cm 120cm 100cm Paar 1.25 95 3/4 75 3/4
<b>Strumpfhalter</b> für Kinder Paar 2.75 1.45	<b>Sicherheitsnadeln</b> , 12 diverse Nadeln in Mäppchen . . . . . 75 3/4	<b>Halbschuhnestel</b> schwarz . . . . . Paar 95 3/4
<b>Miederband</b> ohne Stäbe 5 cm breit. Mtr. 1.75	<b>Haarnadeln</b> , glatt u. gewellt, Brief 25 3/4	<b>Halbschuhnestel</b> schwarz, braun, grau und beige Paar 2.25 1.45
<b>Miederband</b> mit Stäben 5 cm breit. Mtr. 1.95	<b>Band-Feston</b> , Mtr. 45 25 3/4	<b>Gardinenkordel</b> garant. reine Baum- wolle . . . . . Meter 65 3/4
<b>Baumwollband</b> 2 Meter-Stück 75 3/4	<b>Druckknöpfe</b> , 1a. Mes- sing, rostfrei, Dutzd. 45 3/4	<b>Gardinenringband</b> Meter 1.75 1.35
<b>Stopfgarn</b> , Kunstseide in grau und weiss 10 Meter-Karte 5 3/4	<b>Sternzwirn</b> schwarz u. weiss Stern 45 3/4	<b>Lackgürtel</b> in schwarz St. 3.50 2.75
<b>Häkelknöpfe</b> weiss, Baumwolle, rund und flach Dutzd. 95 3/4	<b>Knöpfe</b> f. Kleider, Röcke, Blusen Karte v. 12 Stück 95 3/4 Karte v. 6 Stück 1.25	<b>Armbänder</b> Pr. 1.25 95 3/4
<b>Wäsche-Knöpfe</b> Karte = 2 Dutzend 65 3/4 75 3/4 85 3/4		<b>Glasknöpfe</b> , schwarz Dutzd. 1.95 75 3/4 65 3/4

# Tietz

## Sozialdemokr. Verein Karlsruhe

Mittwoch, den 25. Mai, abends 7/8 Uhr, im  
„Eislaufen“, Kaiserstraße 42.

### Haupt-Versammlung

Tagesordnung:

1. Die Notlage des Deutschen Reiches und die Sozialdemokratie.  
Referent: Reichstagsabg. Genosse G. Schöfelin.
2. Stellungnahme zur Reichskolonien- und zur Kandidatenfrage bezüglich der Landtagswahl.
3. Wahl der Delegierten zur Wahlkreisversammlung.

Hierzu sind die Parteigenossinnen und -Genossen freundlichst eingeladen.  
Das Mitgliedsbuch dient als Ausweis.  
Der Vorstand.



**Spare Geld**  
dann spiegelblank werden  
auch ältere Stühle durch  
Erdal mit wenig Bürsten-  
strichen.

**spare durch**  
**Erdal**

schwarz / gelb / braun / rotbraun Alleinstück: Werner & Meib, Mainz

### Färbe zu Hause

nur mit  
**Heitmann's Farben**  
Marke „Fuchskopf im Stern“  
Einfach-Praktisch-Billig!

Einige gut erhaltene  
**Sport- und Saco-**  
**Knöpfe, Heberzieher,**  
fast neu,  
Friedensware, verschied.  
ein. Hosen, Huppen und  
Wästen, versch. Wetter-  
mäntel und sonst berio.  
angereiht billig abzugeben.  
Grenzstr. 32, 2. Et.  
bei Kretsch.

## Baubund-Möbel

Verkauf gegen Zeitzahlung

Wohn- u. Schlaf- u. Esszimmer  
in solider  
Ausführung den  
veränderten Verhältnissen  
in Bezug auf Preis  
und Formgebung  
angepasst

Verkauf gegen Barzahlung  
bei der gemeinnützigen Hausratgeellschaft  
**Bad. Baubund G. m. b. H.**  
Karlsruhe, Karl-Friedrichstraße 22  
Gebäude Mandelsh. Fernsprecher 6157  
Tägl. geöffnet: vorm. 8-12, nachm. 2-6 Uhr

## I. Reichs-Arbeiter-Sporttag 1921.

Zentral-Kommission für Sport und Körperpflege  
Landeskartell Baden Bezirk Mittelbaden

### Fest-Ordnung:

Samstag, 28. Mai 1921

nachm. 1 1/2 Uhr: Fußball-Wettbewerb Nord-Süd auf dem Turn- und Sportplatz an der Linkenheimer Allee;  
Eintritt: 2 Mark, Schüler 1 Mark;

Abends 7 Uhr: Festbankett im großen Saale der städt. Festhalle, unter Mitwirkung der gesamten Kartellvereine Karlsruhe, des Arbeiter-Sängerkartells (Leitung: W. Eifler) und des Musikvereins „Harmonie“ Karlsruhe; Saalöffnung 6 Uhr, Eintritt einschließlich Steuer und Einlagegebühr 2.50 Mk. Anschließend Festball.

Sonntag, 29. Mai 1921

auf dem Turn- u. Sportplatz an der Linkenheimer Allee vorm. 7 Uhr: Mannschaftswaldlauf. Start: Parkmauer bei der Friedrichstaler Allee, Ziel: Turnplatz;  
vorm. 10 Uhr: Mannschaftswettkämpfe im Tauziehen: Kugelstoßen, 4x100 m Stafette, Schwedenstafette 400, 300, 200 m, Geräteturnen am Reck, Barren und Pferd;  
nachm. 2 Uhr: Demonstrationzug von der Belerheimer Allee durch Karl-Friedrich-, Kaiser-, Karl-, Stefaniestraße, Linkenheimer Allee zum Sportplatz;  
nachm. 3 Uhr: Massenvorfürungen: Freilübungen, Reigen-fahrer, Riegenturnen, Radpolo und Radballspiele, Leben-des-Schachspiel, Gesangsvorträge und Konzert;  
abends 6 Uhr: Bekanntgabe der Resultate.  
Eintritt: Tageskarte 2 Mark, Jugendliche 1 Mark. 4422  
Volksbelustigung Restauration

## Pfannkuch & Co

### Geschäfts-Verlegung.

Ab heute  
Dienstag, den 24. Mai

haben wir unsere Verkaufs-  
stelle Georg-Friedrichstraße  
nach der  
**Ludwig-Wilhelmstr. 10**  
Ecke Rudolfstraße  
(im nächsten Häuserblock)  
verlegt.

Pfannkuch & Co  
G. m. b. H.

## Rich. Kittel

Uhrmacher-Meister  
Am Stadtgarten, Hauptbahnhof  
Telephon 2540. 3380

### Moderne Zimmer-Uhren.

Billigste Bezugsquelle.  
Größte Auswahl.  
Reparatur-Werkstätte.

## Daniels

Konfektionshaus  
Wilhelmstr. 34, 1 Tr.

Etwas angegrübte  
**Voile-Kleider  
und Blusen**  
zu billigen Preisen  
4329

## Pfannkuch & Co

1a vollfette Käse, ff. Wurstwaren

Teigwaren - Eier  
Gemüse-Konserven  
Butter u. Margarine

**L. Wittmann (vorm. Lieb)**  
Waldhornstr., Ecke Kaiserstr. - Tel. 2563.

## Palmen naturpräpariert

Vasenliste, Stel-  
und Hängepflanzen, Laubstauden 2903

**W. Eims Nachf., Kreuz-  
str. 4.**

## Pfannkuch & Co

Frische Füllungen

### Apfel-Wein

vorzügl. Qualität  
Liter 4.-  
inkl. Steuer

Sie wird verbessert!!  
Wer denn??  
Ihre Handschrift

Erfolge einfach er-  
glaublich! Alter spielt  
keine Rolle! Freie  
Stundenwahl, darum  
angenehmes Arbeiten  
bes. für ältere Damen  
und Herren! Montag  
und Donnerstag von  
morgens 9 Uhr bis  
abends 9 Uhr Unter-  
richt. Honorar nur  
M. 35.- m. Material!  
Empfehle auch meine  
vielbeliebte Rund-  
Planschrift für alle  
Berufe und Gewerbe.  
Der bekannte Spe-  
zialist F. Buck  
Privat-Institut Karls-  
ruhe, Lessingstr. 78.  
Auswärts brieflich mit  
gleichem Erfolge!  
Prospekt gratis!

Apfelella  
1/2 Fl. 1.-  
1/4 Fl. 1.80

Karlsruher  
Gold  
1/2 Fl. .75  
1/4 Fl. 1.25  
alles ohne Glas.

Seere Flaschen  
werden zum berechneten  
Preis zurückgenommen. 4410

Pfannkuch & Co

# Nur noch wenige Tage

bis einschl. 2. Juni geht der

## Schuh-Verkauf

im Hause des  
„Roten Kreuzes“, Stefaniestraße 74.

Gute Ware! Billigste Preise!

## Pfannkuch & Co

Frische Füllungen

### Mineral-Wasser

Kaiser-Friedrich-  
Quelle  
1/2 Fl. 1.80

Seinacher-Hirsch-  
Quelle  
1/2 Fl. 1.80

Kronthaler  
Mineral-Quelle  
1/2 Fl. 1.80

Limonade  
- .50

Soda-  
wasser  
- .40  
alles ohne Glas.

Seere Flaschen  
werden zum berechneten  
Preis zurückgenommen. 4409

Pfannkuch & Co

Bezug...  
besogen 4

Oberf...  
der W...  
beton

3329  
Sammer...  
der Regie...  
Während...  
interallie...  
diese ist...  
Volen zu...  
der Ober...  
abstimmu...  
Bei der...  
gehorene...  
Abficht ge...  
sprochen...  
dem engl...  
sei niema...  
in den W...  
Stimmen...  
Anschlag...  
einem Ra...  
türlich, do...  
zu geben...  
süge aber...  
Volen nie...  
nach Kom...  
leicht nie...  
Bestimmu...  
linie zu...  
Unruhen...  
gelaubt...  
gefin.

Frank...  
teit die b...  
hergeleit...  
Deutschla...  
nach Ober...  
Geneigthe...  
würden...  
französis...  
halten, die...  
ihm einen...  
hingewies...  
Departem...  
verbündet...  
den, wenn...  
die Lage...  
Regierun...  
und der...  
entsandt...  
lassen.

Er bank...  
andere W...  
einer gro...

Er h...  
bern auch...  
Wacht, die...  
alsdann...  
Berantwo...  
Eine and...  
Notwendig...

Eine 2...  
11. 2...  
b u n g v o...  
Antrag de...  
geben, der...  
Beror...  
tätlicher...  
fassung de...  
der öffent...  
folgendes:

§ 1.  
digen Dien...  
sammensu...  
mit Geld...

§ 2.  
tündigung...  
nahme bei...  
alliierte...

Ung...  
11. 1...  
entgegen...  
um gegen...  
ten irgendi...  
in den we...  
Konferenz...  
kräfte, die...  
energisch...

Eng...  
11. 1...  
schloß b...